

Daseinsvorsorge und Bodenschutz

„Um den Klimawandel aufzuhalten, und um in Klimawandel leben zu können,
brauchen wir jeden Acker, jede Wiese und jeden Wald.“

(Ruth Dettweiler)

Johann Kuttner
Neckar-Alb-Str 3
72127 Kusterdingen

den 02.12.2021

An
Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg,
Richard-Wagner-Straße 15,
70184 Stuttgart

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Der Erhalt unserer Böden zur Nutzung durch Land- und Forstwirtschaft, sowie als Lebensgrundlage und Erholungsraum für Menschen, Tiere und Pflanzen ist zu einer Überlebensfrage geworden. Die Zersiedlung unserer Landschaften und die Belastung der Böden durch Überdüngung, Pflanzengifte und Schadstoffeinträge haben ein lebensbedrohliches Ausmaß angenommen. Aus diesem Grunde engagieren sich die Unterzeichnenden in vielfältiger Art und Weise, um darauf hin- und dabei mitzuwirken, dass kein weiterer Quadratmeter freien Bodens mehr versiegelt wird.

Angesichts der allerorten in Baden-Württemberg wie Pilze aus dem Boden schießenden neuen Wohn- und Gewerbegebiete und anstehender Straßenbauprojekte erscheint uns wirksameres Handeln zum Schutz des Bodens dringend geboten. Zudem bereitet es uns große Sorge, dass wir zur Mehrung unseres Wohlstandes, Böden und Bodenschätze in nahen und fernen Ländern durch unsere Wirtschafts- und Handelspolitik plündern.

Wirksamer Boden- und Klimaschutz wird nur gelingen, wenn sich viele Bürger, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position, dafür einsetzen. Bei der Amtseinführung von Staatsrätin Barbara Bosch haben Sie erläutert: „Mit ihrer Hilfe wollen wir die Politik des Gehörtwerdens zu einer Politik des Mitwirkens weiterentwickeln.“

Mit Befremden haben wir wahrgenommen, was Hinhören und Mitwirken der Bürger bei der Umsetzung von Maßnahmen zu raschem Klimaschutz und zur Sicherung des Wohlstandes für die Landesregierung auch bedeuten kann (sei es bei Freiflächenvoltaik, Gewerbeansiedlung und indirekt auch beim Wohnungsbau): „Generell kann es nicht sein, dass eine Gemeinde wie Dettingen darüber entscheidet, ob es Baden-Württemberg gelingt, bei klimafreundlichen Antriebssystemen zum Zuge zu kommen. Die Ansiedlung eines Brennstoffzellenwerks halte ich für eine Frage von Landesinteresse, wegen des Klimaschutzes, aber auch zur Sicherung des Wohlstandes.“ (Staatsrätin Frau Barbara Bosch).

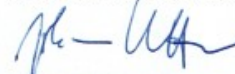
Die beabsichtigte Beschneidung des Rechts der Gemeinderäte über die Flächenvergabe auf ihrer Gemarkung, betrachten wir als schwerwiegende Beschädigung des Erfolgsmodells unserer föderal strukturierten Demokratie. Mit der Beschneidung des Rechts der Bürger, durch Bürgerentscheide mitzuwirken, wird der Ausweitung direkter Demokratie schwerer Schaden zugefügt, sowie ein falscher Weg eingeschlagen, um rasch mehr Boden- und Klimaschutz verwirklichen zu können.

Im Sinne des Bodenschutzes gilt es, selbst bei Maßnahmen zum Ersatz fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien weiteren Flächenverbrauch zu vermeiden. Zum Schutz der Böden halten wir aus all den genannten Gründen ein Bodenschutzgesetz für notwendig, das dem Erhalt und der Nutzung freier Böden für land- und forstwirtschaftliche Zwecke, und dem Erhalt als Lebens- und Erholungsraum für Menschen, Tiere und Pflanzen ein absolutes Recht einräumt (Netto-Null beim Flächenverbrauch).

Wir möchten Sie daher bitten, sich auf Landes- und Bundesebene für ein derart gestaltetes Bodenschutzgesetz einzusetzen, und dafür, die Belastung von Böden, Wasser und Luft mit Schadstoffen durch schärfere Emissionsgesetze auf ein naturverträgliches Maß zu reduzieren.

Wir möchten uns gerne, gestärkt durch den Rückenwind wirksamerer Gesetze zum Bodenschutz weiter dafür engagieren, Daseinsvorsorge ohne weiteren Verlust kostbarer Böden zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen



Johann Kuttner
Mitglied der Allianz Flächenschutz

Anlage: UnterzeichnerInnenliste